

Internationale Freigeistige Rundschau 3/2012

Vereinte Nationen

I (4295) **Zürich**. Die *WIN-Gallup International*-Studie zum globalen Stand von Religiosität und Atheismus hat insgesamt einen Zuwachs der nichtreligiösen Kräfte ergeben. Das Netzwerk internationaler Umfrage-Institute mit Sitz in Zürich befragte zu diesem Themenbereich ca. 50.000 Menschen in 57 Ländern.

Global gesehen, bezeichneten sich 59 Prozent der Weltbevölkerung als religiös, 23 Prozent als nichtreligiös und 13 Prozent als überzeugte Atheisten. Besonders in den USA wächst die Zahl der Atheisten deutlich (allerdings von einem relativ niedrigen Niveau ausgehend), während Afrika die religiöseste Weltregion bleibt. Die Studie führt an, dass sich 60 Prozent der US-Amerikaner selbst als religiös bezeichnen; vor sieben Jahren habe diese Zahl noch bei 73 Prozent gelegen. Ein vergleichbarer Rückgang sei außer in den USA auch in mehreren westeuropäischen Ländern festzustellen, wo insgesamt bei weitem die meisten Atheisten leben.

(Pressemitteilung von *Gallup International*, 15.8.12)

Europa

Belgien

I (4296) **Brüssel**. Die Justizbehörden wollen Michelle Martin, die Ehefrau des Mörders und Kinderschänders Marc Dutroux, die wegen Beihilfe zum Mord in mehreren Fällen zu 30 Jahren Haft verurteilt war, vorzeitig nach 16 Jahren freilassen. Der Grund: Angeblich ist Martin im Gefängnis religiös geworden und eine Klostersgemeinschaft will sie nun in ihrem Gästehaus aufnehmen. Die Justiz ließ durchblicken, dass sie Kleriker für besonders geeignete Betreuer im Umgang mit ehemaligen Sexualstraftätern hält.

Die Eltern der vergewaltigten und ermordeten Mädchen zeigten sich entsetzt. Sie demonstrierten mit großem Anhang in Brüssel gegen die Entscheidung. Aufgebracht reagierten auch die Bewohner von Malonne bei Namur, wo das aufnehmende Kloster liegt. Sie bezeichneten den Orden als „Komplizen des Bösen“, denn Martins Freilassung ist daran gebunden, dass sie in einem Kloster unterkommt. Der Europäische Gerichtshof wird nun den Beschluss überprüfen und entscheiden, ob ein Kloster als Ersatz für ein Gefängnis dienen kann. (*Die Zeit*, Beilage *Christ und Welt*, 9.8.12)

Der Lütticher Bischof Jousten hingegen begrüßte die Bereitschaft des belgischen Klosters, der Dutroux-Komplizin Unterschlupf zu gewähren. „Ein Mensch bleibt immer Mensch“, betonte er im Belgischen Rundfunk. Wie Öffentlichkeit und Medien auf die Entscheidung reagierten, tue ihm weh. Unterdessen bereitet sich die Stadt Namur mit hohen Sicherheitsvorkehrungen auf die Freilassung Martins vor. Man erwarte zahlreiche Protestaktionen, sagte Namurs Bürgermeister Prevot. Nach Berechnungen verschiedener Tageszeitungen wird der Schutz der elf Ordensschwester und ihres Gastes Michelle Martin im Kloster von Malonne rund 4.000 Euro pro Tag kosten. (*KNA*, 28.8.12)

Deutschland

I (4297) **München**. In der bayerischen Metropole stellen die beiden „Großkirchen“ nicht mehr die Mehrheit. Im Jahr 2011 kamen die Katholiken nur noch auf 36,2 (minus 0,6 gegenüber dem Vorjahr) und die Protestanten auf 13,3 % (minus 0,3), beide zusammen also auf 49,5 %. Wie schnell der Abschwung vor sich geht, zeigt der Umstand, dass die Kirchen erst im Jahr 2000 die 60-Prozent-Marke unterschritten hatten. Da von den 2011 Geborenen nur 34 % katholisch oder evangelisch getauft wurden, besteht an der Fortsetzung des Abwärtstrends kein Zweifel.

In der benachbarten Großstadt Augsburg (270.000 Einwohner) nahm der kirchliche Anteil seit der Volkszählung 1987 (85%) bis 2000 auf 71% und bis 2010 auf 63% ab. (MIZ-Eigenmeldung)

I (4298) **Garmisch-Partenkirchen**. Wie wichtig dem christlich-konservativen Teil Bayerns die Bewahrung christlichen Brauchtums ist, wenn es ums Geld geht, zeigte sich exemplarisch in der extrem stark von der CSU dominierten Tourismusbranche des Voralpengebiets. PR-Manager der Tourismusregion Garmisch-Partenkirchen haben in einem Werbeprospekt für den arabischen Markt das Gipfelkreuz der Zugspitze wegretuschiert. Man wolle mehr Gäste aus dem arabischen Raum nach Garmisch-Partenkirchen locken, beteuerten der örtliche Tourismusmanager und der Chef der Bayerischen Zugspitzbahn. Andere Bergregionen hätten zehnmals so viele Besucher.

Die bisherigen Angebote, etwa ein islamischer Gebetsraum in der Bergstation und spezielle Toiletten für arabische Bedürfnisse, reichten offensichtlich nicht aus um kaufkräftige Kundschaft aus dem Orient anzulocken, befanden die beiden Fachleute. Der Bayerische Rundfunk, der über den manipulierten Prospekt in einer Satire-Sendung berichtete, schlug als weitere Maßnahme vor, einen Halbmond auf der Zugspitze zu platzieren. (*Radio Vatikan*, 11.8.12)

I (4299) **Köln**. Nachdem Bischof Mixa als katholischer Experte für schlagkräftige Kindererziehung ausgefallen ist, springt nun der Kölner Kardinal Meisner in die Bresche. Er attackierte den wachsenden Trend zur Krippenbetreuung mit scharfen Worten und mahnte eine Erziehung durch die Mutter an, die dafür selbstverständlich zu Hause bleiben solle. „Ich finde es schrecklich, dass man mit allen Argumenten versucht, die Kinder schon in ihren ersten Lebensjahren aus der Nähe der Mutter weg in Kinderkrippen und Kindergärten unterzubringen“, meinte er bei einem Gottesdienst. Der frühere Berliner Bischof zitierte sogar einen führenden Partei-Psychologen der SED (den er hier plötzlich für sehr glaubwürdig hält), der in den letzten DDR-Jahren die großen Probleme mit der damaligen (aufmüpfigen) Jugend darauf zurückgeführt habe, dass der Staat aus dem Provisorium Kinderkrippe eine ständige Einrichtung gemacht habe. „Es könnte sein, dass unsere Gesellschaft dasselbe Unglück über unser Volk und seine Zukunft herabholt“, sagte Meisner. Dass möglicherweise die autoritäre Struktur der DDR die Wurzel des Übels sein konnte, kam dem Würdenträger verständlicherweise nicht in den Sinn, denn dann wären die Parallelen zu seiner eigenen Kirche (und speziell zu seiner persönlichen Auffassung von Kirche) allzu offensichtlich. (*KNA*, 26.8.12)

I (4300) **Berlin**. Die Zahl der Kirchenaustritte wird nach Ansicht des Berliner Theologieprofessors Rolf Schieder zunehmen. „Man muss damit rechnen, dass die Quote [der Kirchenmitglieder] in den nächsten 20 Jahren auf 50 Prozent gesunken

sein wird. Vor allem Berufsanfänger zwischen 25 und 35 Jahren neigten zum Austritt. „In den ersten fünf Berufsjahren ist das Kirchaustrittsrisiko sechsmal höher als im späteren Berufsleben.“ Vor allem in der Mittelschicht habe das Schrumpfen der Kirche schon bedrohliche Ausmaße angenommen.

Zum Verhältnis der Deutschen zur Kirche brachte Schieder eine aufschlussreiche Metapher: Er verglich sie mit der Feuerwehr. „Es soll sie für die Notfälle des Lebens geben – aber wer will die Feuerwehr schon jede Woche im Haus haben?“ (*Heinrichsblatt* [Kirchenzeitung der Erzdiözese Bamberg], 26.8.12)

Anm. MIZ-Red.: Auch wenn diese Analyse nicht falsch ist und einige neue Aspekte enthält, zeigt sie doch, wie stark selbst Kirchenleute den Faktor der Überalterung unterschätzen. Selbst ohne Zunahme der Kirchaustritte werden die Kirchen schon etwa 2026 unter 50 und vor 2050 unter 40 Prozent fallen. Wie die neueste evangelische Statistik für 2010 zeigte, wurden in diesem Jahr nur noch 25,1 % der Neugeborenen katholisch und 25,7 % evangelisch getauft, also mit 50,8 % gerade mal die Hälfte. Von den Verstorbenen waren hingegen 39,3 % evangelisch und 32,7 % katholisch, also fast drei Viertel. Richtig ist hingegen, dass finanzielle Aspekte beim Austritt maßgeblich sind. Binnen zweier Jahrzehnte ist der Anteil der tatsächlichen Kirchensteuerzahler von 35 auf 25 % der Mitglieder geschrumpft.

I (4301) **Bamberg**. Erzbischof Schick hat die früheren Urteile gegen Hexen im Hochstift Bamberg nunmehr, bereits nach nur wenigen Jahrhunderten, für „null und nichtig“ erklärt. „Die Prozesse, die geführt wurden, sind nach unserem heutigen Rechtsverständnis Unrecht. Den Opfern und ihren Familien ist Furchtbares geschehen.“ Gleichzeitig verwies er darauf, dass die Erzdiözese bereits am 11. März 2007 um Vergebung für den „Hexenwahn im Hochstift Bamberg“ gebeten habe. Dies geschah bei einer sehr allgemein gehaltenen Vergebungsbitte im Rahmen des Jubiläums 1.000 Jahre Bistum Bamberg. Mit seiner aktuellen Äußerung reagierte der Erzbischof auf Forderungen, die Kirche solle für die Hexenverfolgung um Entschuldigung bitten. Seit Monaten wurde und wird in Bamberg über dieses Thema kontrovers diskutiert.

Mit keinem Wort ging der Erzbischof allerdings auf Forderungen ein, auf das Eigentum der einstigen Prozessopfer zu verzichten und es – ob an den Staat, an Nachfahren der Opfer oder an eine eigene Stiftung, aus der z.B. Missbrauchsoffer der Kirche aus den letzten Jahren endlich angemessen entschädigt werden könnten – zu übereignen. In den Bistümern Bamberg und Würzburg gab es seinerzeit eine besonders vehemente Hexenverfolgung, aber auch überdurchschnittlich viele genaue Aufzeichnungen über die Prozesse. Die meisten hatten nicht mit Todesurteilen geendet, sondern bei vermögenden Opfern mit weitreichenden Enteignungen. (*KNA*, 27.8.12)

I (4302) **Bonn/Hamburg**. Einen Tag vor der Hauptverhandlung zog der Vatikan die Klage gegen das Satiremagazin „Titanic“ zurück. „Nach eingehenden Beratungen ist der Heilige Stuhl zur Entscheidung gelangt, eine Rücknahme des Antrags auf einstweilige Verfügung gegen den Titanic Verlag zu veranlassen“, teilte die Deutsche Bischofskonferenz in Bonn unter Berufung auf eine Erklärung des Staatssekretariats des Apostolischen Stuhls mit. Zugleich würden „weitere rechtliche Maßnahmen geprüft, um Angriffen auf die Würde des Papstes und der katholischen Kirche wirksam zu begegnen“, hieß es in der Erklärung, ohne dass allerdings auch nur angedeutet wurde, welche Maßnahmen denn so geeignet und wirksam wären. Vor der Pressekammer des Landgerichts Hamburg hätte am 31. August die mündliche Verhandlung über das Titelbild der Juli-Ausgabe von „Titanic“ stattfinden sollen. Die

Reaktion bei den *Titanic*-Verantwortlichen reichten von Genugtuung bis zu Enttäuschung, denn dort war mit einem Erfolg gerechnet worden. Die Redaktion des Satiremagazins hatte sich am Tag des Rückziehers bereits aus Protest gegen den anstehenden Prozess an den Hamburger Michel gekettet. Medienwirksam wollte sie "ein deutliches Zeichen für Demokratie und Pressefreiheit setzen".

(Pressemitteilung der Deutschen Bischofskonferenz, 30.8.12, *Radio Vatikan*, 30.8.12; *Welt online*, 30.8.12; *Die Zeit*, Beilage *Christ und Welt*, 6.9.12)

Großbritannien

I (4303) **London**. Erst nach massiven Protesten hat sich die anglikanische Staatskirche von England von ihren Anteilen an Rupert Murdochs Medienkonzern *News Corporation* getrennt. Der Verkauf des Aktienpakets im Wert von jetzt umgerechnet nur noch 2,4 Millionen Euro entsprach letztlich der Empfehlung einer kirchlichen Kommission für ethische Anlagen, wie die Kirchenleitung mitteilte. Erst ein Jahr nach dem Skandal um die inzwischen eingestellte Zeitung *News of the World* kam die Kirche nun plötzlich zu dem Schluss, der Konzern lasse keine ausreichenden Reformbemühungen in der Unternehmensleitung erkennen; zumindest verlautete dies als offizielle Begründung. Das Publikationsorgan geriet 2010 wegen illegaler Recherchepraktiken in die Schlagzeilen. Über Jahre hinweg sollen Journalisten Telefonate von Prominenten und Politikern abgehört haben, zudem gab es Bestechungsvorwürfe. Die anglikanische Kirche hatte die Beteiligung ursprünglich zwar nicht *nur* mit dem Ziel gekauft, Einfluss auf die Berichterstattung des Medienkonzerns zu nehmen, doch spielte dieser Aspekt nach Ansicht von PR-Experten eine nicht zu unterschätzende Rolle. (KNA, 7.8.12)

Italien

I (4304) **Polsi**. Die enge Kumpanei von Mafia und katholischer Kirche (*Radio Vatikan* schrieb vieldeutig von einem „schwierigen Verhältnis“) in Süditalien wurde Anfang September beim traditionellen Festes der „Madonna von den Bergen“ in Polsi besonders deutlich. Die Kleinstadt in Kalabrien ist wegen der dominanten Präsenz der Mafia insbesondere während dieses Madonnenfestes bekannt. Vor mehreren Tausend Pilgern, darunter auch Nicht-Mafiosi, erklärte der Priester Giuseppe Morosini, dass nach christlichem Verständnis selbstverständlich jedem Vergebung gewährt werden müsse. Allerdings werde eine „ehrliche Umkehr des Sünders“ erwartet. Es sei nicht, wie Kritiker behaupteten, „mit drei Ave Marias getan“. Der Priester sah sich auch veranlasst, zu Vorwürfen Stellung zu nehmen, die Kirche habe durch Schweigen oder durch die zu leichtfertig erteilte Lossprechung von den Sünden zu einer Verbreitung der Mafia beigetragen. Dies stellte er, wie nicht anders zu erwarten, in Abrede. (*ansa*, 3.9.12)

Österreich

I (4305) **Wien**. Der Wiener Kardinal Schönborn forderte in einem Interview mit der Tageszeitung „Die Presse“ eine einflussreichere Rolle des Christentums und letztlich seiner Kirche ein. Religion aus dem öffentlichen Diskurs auszuklammern, sei „ausgesprochen schädlich“. Als Grund nannte er „die gestiegene Präsenz des Islam in Europa“ und einen sich stärker als früher präsentierenden „aggressiven Laizismus“. Mit der Forderung, „das Thema Religion in der zivilen Gesellschaft ernster zu nehmen“, meinte er letztlich, dass die Beachtung der religiösen

Vorschriften vorrangig sei gegenüber der Einhaltung ziviler Vorschriften: "Man darf nicht von religiösen Menschen erwarten, weil sie in einem liberalen demokratischen Staat leben, dass sie ihre Identität einklammern, um Bürger dieses Staates zu sein." Indirekt forderte er sogar ein, dass religiöse Menschen auch das Recht haben sollten, allgemein anerkannte Menschenrechte zu verletzen, wenn sie ihre Religion praktizierten. Dabei ging er auch auf die auch in Österreich geführte Beschneidungsdebatte ein. (*Die Presse*, 3.9.12)

Russland

I (4306) **Grosny**. Pünktlich zum islamischen Opferfest ist in Teilen Russlands das erste staatliche muslimische Fernsehprogramm auf Sendung gegangen. Die Grundidee des neu geschaffenen Senders soll die Verbreitung einer moderaten Version des Islam sein. Damit soll besonders im Kaukasus der Einfluss der von Saudi-Arabien beeinflussten Wahhabiten eingedämmt werden. Neben dem politischen Interesse des Staates spielt auch ein inner-islamischer Machtkampf eine Rolle, denn hinter dem neuen Sender stehen sowohl staatliche Subventionen als auch Geld von einigen der größeren islamischen Verbände in Russland - und private Financiers, denen von Beobachtern ökonomische Interessen unterstellt werden. Das Programm lief zunächst im Nordkaukasus (dazu gehören u.a. Tschetschenien und Inguschetien), in Baschkortostan und Tatarstan an. (*asianews* [katholische Nachrichtenagentur für den asiatischen Raum], 21.8.12)

Schweiz

I (4307) **Zürich**. Wie der Schweizer Freidenker-Verband in seiner (lesenswerten!) Verbandszeitschrift mitteilt, hat der Anteil der Konfessionslosen in der Schweiz 2010 erstmals die 20-Prozent-Marke überstiegen. Noch zehn Jahre zuvor war nur genau jeder neunte Schweizer ohne Religionszugehörigkeit. Besonders stark sind die Konfessionsfreien in den Kantonen Basel (42%), Neuchâtel (37%) und Genf (35%) vertreten, während sie in den katholischen ländlichen Kantonen Wallis, Schwyz, Appenzell und Obwalden besonders stark zugelegt und sich dort jeweils fast verdreifacht haben.

Die Ergebnisse wurden durch einen Mikrozensus ermittelt, in dem 200.000 der acht Millionen Schweizer über 16 Jahre erfasst wurden. (*Frei denken*, 3/2012, S.3)

I (4308) **Bern**. Ein bahnbrechendes Urteil hat das Schweizer Bundesgericht gefällt. Wer aus der rechtlichen Körperschaft „Katholische Kirche“ austritt, hat zwar keine Kirchensteuerpflicht und auch kein Stimmrecht in der Gemeinde, darf sich aber weiterhin katholisch nennen. Damit gab das höchste Schweizer Gericht einer Klägerin aus dem Kanton Luzern Recht, die aus der Kirche als staatskirchlicher Organisation austreten, aber zugleich katholisch bleiben wollte.

Die Pressesprecherin des Bistums Basel meinte in einer ersten Reaktion gegenüber *Radio Vatikan*, nun gelte es für die katholische Kirche erst einmal zu klären, welche Bedeutung ein solcher Austritt für die Mitgliedschaft in der Glaubensgemeinschaft habe. Eine neue Regelung des Bistums soll spätestens in zwei Monaten fertig sein. Die Bischofskonferenz verweigerte eine Stellungnahme. Der Sprecher meinte auf Anfrage der Presse, Grund dafür sei die unterschiedliche Rechtslage in den einzelnen Kantonen und Bistümern. Bereits im Anschluss an ein Bundesgerichtsurteil von 2007 zum Kirchaustritt habe jedes Bistum eigene Richtlinien geschaffen.

Das Bistum Chur betonte in einer Stellungnahme: „Das Zahlen von Kirchensteuer ist keine Bedingung für das Katholischsein.“ Das Bistum stellte sogar mit Stolz fest, dass dieses Urteil das so genannte „Churer Modell“ bestätige, das Bischof Huonder 2009 selbst eingeführt hatte. Dieses Modell bietet allerdings nur die Möglichkeit, statt Kirchensteuern freie Beträge in einen Fonds des Bistums zu zahlen, nicht aber die Zahlung ganz zu verweigern. (*kipa* [=Katholische Internationale Presse Agentur], 4. u. 7.8.12; Pressemitteilung des Bistums Chur, 14.8.12)

I (4309) **Zürich**. Gegen das Zürcher Kinderspital wurde eine Anzeige erstattet, weil es bis Juli 2012 medizinisch nicht notwendige Eingriffe bei Knaben durchgeführt hatte. Ärzte, Klinikleitung und Eltern der beschnittenen Kinder hätten sich damit der einfachen Körperverletzung schuldig gemacht.

Die Zürcher Staatsanwaltschaft lehnte die Einleitung eines Strafverfahrens ab, da der Anzeigenersteller von den angezeigten Handlungen nicht persönlich betroffen und entsprechend keine geschädigte Person sei. Des weiteren verwies sie auf die Kommission für Rechtsfragen des Bundesparlamentes, welche die geltenden Artikel 124 des Strafgesetzbuchs zur Verstümmelung weiblicher Genitalien nicht auf die Beschneidung von Knaben ausgedehnt habe. Sie ignorierte dabei allerdings, dass diese Kommission die Verstümmelung männlicher Genitalien auch nicht ausdrücklich ausgenommen hatte.

Einen Erfolg konnte der Anzeigenersteller dennoch verbuchen, allerdings nur vorübergehend: Das Krankenhaus beschloss noch im Juli 2012, keine religiös begründeten Knabenbeschneidungen mehr durchzuführen, verwässerte diesen Beschluss aber auf kirchliche Proteste hin und kündigte bei jedem Antrag auf religiöse Beschneidung eine Einzelfallprüfung an. (*Neue Zürcher Zeitung*, 8.8.12; Nachrichtenagentur *SDA*, 10.8.12)

Spanien

I (4310) **Madrid**. Die konservative Regierung plant ein Verbot der Abtreibung. Die frühere sozialistische Regierung hatte erst 2010 Abtreibung bis zur 14.

Schwangerschaftswoche legalisiert; bis zur 22. Woche galt Straffreiheit in bestimmten Fällen, etwa einer Missbildung des Fötus. Nun will die seit Dezember 2011 regierende Volkspartei von Ministerpräsident Rajoy im Oktober das Gesetz im Parlament ändern. Dort hat sie eine absolute Mehrheit. Bislang hatte die Aufmerksamkeit der Regierung vor allem der Wirtschaftskrise, der Bankenrettung und einer Verschärfung im Arbeitsrecht gegolten. Justizminister Ruiz-Gallardon hatte im Juli in einem Interview erklärt, dass er das geltende Abtreibungsrecht nicht für richtig hält. (*reuters*, 9.8.12)

Tschechien

I (4311) **Prag**. In der Debatte um die Rückgabe von verstaatlichten Kirchengütern, deren einstige Übereignung an die Kirchen aber oft unter fragwürdigen oder sogar kriminellen Umständen abgelaufen war, verschärft sich der Ton. Katholische Spitzenvertreter kritisierten ein Plakat der Sozialdemokratischen Partei, auf dem ein kirchlicher Würdenträger zu sehen ist, dem ein gefüllter Geldsack überreicht wird. Dazu wird angemerkt, die Regierung verschenke ohne Not Milliardenbeträge an die Kirchen. Während diese Wahrnehmung in der Bevölkerung selbst nach katholischer Darstellung eine 80-prozentige Zustimmung erfährt, verglichen der Prager Erzbischof Duka und andere Würdenträger die Plakataktion mit NS-Propaganda. Aus säkularen

Kreisen war hingegen zu hören, die Kirche sei bei Kritik an ihrer Vermögenspolitik weit empfindlicher als bei Religionskritik, was über ihre Prioritätensetzung viel aussage. (*kathpress* Österreich, 10.8.12; vgl. auch *MIZ* 1/12, Meldung 4250)

Vatikan

I (4312) **New York**. Das vatikanische Verlagshaus *Libreria Editrice Vaticana (LEV)* hat ein Abkommen mit Apple geschlossen. Es soll dazu führen, dass die Texte des Papstes auch im elektronischen Format mehr Verbreitung finden, z.B. für Smartphones und I-pads. Der Vatikan-Verlag hält weiterhin die Exklusivrechte an allen Texten des Papstes. Er bietet auf der Internetplattform iTunes schon mehrere E-Books mit Papsttexten an. Bei Apple finden sich derzeit zwei elektronische Sammlungen von Papst-Katechesen bei Mittwochsaudienzen. Welchen Nutzen Apple von der Kooperation hat, bleibt unklar; Beobachter tippen auf den Versuch einer Imagewerbung bei Katholiken. (*apic* [katholische Nachrichtenagentur der französischen Schweiz], 3.9.12)

Zypern

I (4313) **Nikosia**. Die eigentlich sehr wohlhabende Orthodoxe Kirche Zyperns scheint sich an der Übernahme eines Großteils der staatlichen Energiewirtschaft (vgl. *MIZ* 2/2012, Meldung 4288) etwas verschluckt zu haben. Jedenfalls haben Geistliche und Kirchenmitarbeiter, die mehr als 2.000 Euro monatlich verdienen, angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise mit Gehaltskürzungen zu rechnen, wie Erzbischof Chrysostomos II. dem christlichen Sender *CZBC* („Christlicher Zyprischer Rundfunk“) mitteilte. Der Heilige Synod werde über die Details der Kürzungen, die mit sinkenden Einnahmen der Kirche zu tun hätten, im September beraten. (*CZBC*, 15.8.12; *ap*, 21.8.12)

Nordamerika

Vereinigte Staaten

I (4314) **Crystal Springs**. Der Pastor einer Baptistenkirche im Bundesstaat Mississippi hat einem Paar die Trauung verweigert, weil es schwarz ist. Der Pfarrer rechtfertigte sich gegenüber dem Sender *ABC*, weiße Gemeindemitglieder hätten ihm mit der Entlassung gedroht, sollte er die Hochzeit abhalten. In der First Baptist Church von Crystal Springs habe seit der Einweihung 1883 noch nie ein schwarzes Paar geheiratet. Die Trauung fand dann einen Tag später in einer anderen Kirche statt. (*Süddeutsche Zeitung*, 31.7.12)

I (4315) **New York**. Der New Yorker Kardinal Dolan hat US-Präsident Obama zu einem jährlichen „Charity“-Abendessen eingeladen. Gleichzeitig prozessiert Dolan aber gegen Obama wegen dessen Gesundheitsreform, weswegen die Einladung im Wahljahr bei fundamentalistischen US-Katholiken auf Ablehnung stößt. Das Dinner soll am 18. Oktober im Waldorf-Astoria-Hotel stattfinden. Nach Angaben eines Bistumssprechers hat Obama die Einladung bereits angenommen. Auch Mitt Romney, sein Herausforderer bei den Präsidentenwahlen, ist eingeladen und hat zugesagt.

Mehr als vierzig katholische Verbände, darunter auch das Erzbistum New York, klagen gegen die Verfügung des Weißen Hauses, dass Pflichtversicherungen künftig auch Verhütung abdecken sollen. Jüdische und evangelikale Spitzenvertreter fordern zusammen mit der US-Bischöfenskonferenz, deren Vorsitzender Kardinal Dolan ist, nach einer Ausnahmeklausel für kirchliche bzw. religiöse Krankenhäuser, Schulen und Sozialeinrichtungen. (*ap*, 8.8.12)

Das Gebet des New Yorker Kardinals Timothy Dolan bei der offiziellen Nominierung von Obamas Herausforderer Romney sprach Kardinal Dolan ein offizielles Gebet. Auf dem Republikaner-Treffen bat er um göttlichen Beistand für die amerikanischen Politiker und nannte dabei namentlich Mitt Romney und seinen Stellvertreter Paul Ryan genannt. Als Unterstützung der katholischen Kirche für die Republikaner will die Partei den Auftritt des Kardinals nicht gewertet wissen. Der Jesuit und USA-Experte Brüntrup von der Jesuiten-Hochschule für Philosophie in München meint hingegen, die Zeremonie dürfte vielen christlichen Wählern in den USA gefallen haben. Daher sei die politisch genau berechnete Aktion keineswegs unwirksam. (*Radio Vatikan*, 31.8.12)

I (4316) **Oakland**. Der als Erzbischof für San Francisco vorgesehene Bischof von Oakland, Salvatore Cordileone, wurde wegen „Trunkenheit am Steuer“ für kurze Zeit ins Gefängnis gesteckt. Nachdem die Polizei bei einem routinemäßigen Bluttest nahe der Universität in San Diego einen deutlich zu hohen Alkoholpegel festgestellt hatte, wurde er inhaftiert, bis man ihn gegen eine Kautionszahlung von 2500 Dollar entließ. Entsprechend den amerikanischen Sitten bat der durchaus alkoholerfahrene Würdenträger öffentlich um Entschuldigung und zelebrierte Scham für seine „falsche Selbsteinschätzung“.

Pikanterweise tritt Cordileones Vorgänger am 4. Oktober in den Ruhestand und nur fünf Tage später wird der Prozess wegen des Alkoholdelikts eingeleitet. Der Papst hatte Cordileone erst im Juli zum Nachfolger ernannt. Säkulare Kreise in den USA rechnen allerdings nicht mit Konsequenzen: Wenn der Vatikan alle schwulen, alkoholabhängigen oder tablettensüchtigen Priester entlasse, könne die katholische Kirche in den USA ihren Betrieb weitgehend einstellen, hieß es. (*ap*, 28.8.12)

Lateinamerika

Argentinien

I (4317) **Buenos Aires**. Die katholische Kirche des Landes war in die Verbrechen der früheren Militärdiktatur weit stärker verstrickt, als bisher bekannt war. Hohe geistliche Würdenträger, darunter der damalige Apostolische Nuntius Pio Laghi, der Ex-Kardinalprimas Primatesta und andere Bischöfe, waren über die Praxis, Personen „verschwinden“ zu lassen, nicht nur genau informiert. Sie boten dem Regime sogar von sich aus ihre „guten Dienste“ an, Einfluss auf die Angehörigen der Opfer zu nehmen, damit diese nicht an die Öffentlichkeit gingen und nicht weiter nach ihren verschwundenen Verwandten suchten, weil diese ja tot seien.

Der wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu einer mehrfachen lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilte General Jorge Videla, der von 1976 bis 1983 als Diktator wirkte, hatte der Zeitung *El Sur* bereits 2010 genau Bericht erstattet, aber die Bedingung gestellt, dass darüber erst publiziert werden dürfe, wenn er die Provinz Cordoba verlassen habe. Inzwischen wurde er in eine andere Provinz verlegt, so dass die Dokumentation erscheinen konnte.

In den Gesprächen mit den Geistlichen sei man sich einig gewesen, dass das Verschwindenlassen von Personen eine „bedauernswerte Angelegenheit“ und ein „schmerzhaftes Geschehen“ sei, das aber aufgrund der Umstände unvermeidlich sei. Die Kleriker „haben uns beraten, wie damit umzugehen sei“ gegenüber der Öffentlichkeit und dem Ausland. Primatesta und zwei Bischöfe hätten 1978 bei einem gemeinsamen Mittagessen vorgebracht, dass diese Praxis auf lange Sicht „schlechte Auswirkungen“ haben könne. Obwohl die Kirchenfürsten schon damals vom Schicksal zweier verschwundener französischer Nonnen erfahren haben mussten, bestritten sie später auf Nachfrage der Vorgesetzten der Ordensfrauen irgendwelche Informationen zu haben. „Wir wissen nichts, irgendetwas wird schon gewesen sein“ habe ihr Nuntius Laghi später gesagt. Die Mehrzahl der Bischöfe sowie Kardinal Aramburu hatte damals dem Vernehmen nach die Junta verteidigt und sogar hingenommen, dass die wenigen Kritiker wie die Bischöfe Angelelli und Ponce de Leon unter mysteriösen Umständen bei Verkehrsunfällen starben. (*Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 24.7.12)

Anm. MIZ-Red.: Gemäß der üblichen vatikanischen Verfahrensweise ist es jetzt nur noch eine Frage der Zeit, bis die beiden kritischen Bischöfe als „Märtyrer des Glaubens“ selig gesprochen werden, damit die Komplizenschaft der anderen vertuscht wird.

Nicaragua

I (4318) **Managua**. Erzbischof Brenes hat einen Vorschlag zur Verwendung beschlagnahmter sieben Millionen US-Dollar aus Drogengeschäften gemacht, den selbst katholische Kreise als "unverfroren" oder "ungewöhnlich" bezeichneten: Er verlangte, dass das Geld der Kirche für ihre Arbeit übergeben werden solle. Es könne z.B. für den Bau von Schulen in ländlichen Regionen verwendet werden. Warum diese Schulen nicht vom Staat errichtet werden sollten, der doch für Bildung und Schulwesen zuständig sind, mochte der Würdenträger nicht erklären. In der Woche zuvor waren in Nicaragua 18 Verdächtige bei der Einreise aus Honduras festgenommen worden. Die Polizeichefin Aminta Granera kündigte an, das Geld werde der Justiz übergeben, bis über die weitere Verwendung entschieden sei. (*KNA*, 27.8.12)

Paraguay

I (4319) **Asuncion**. Die Bischöfe des Landes haben in einem Hirtenbrief eingeräumt, während des Amtsenthebungsverfahrens gegen ihren ungeliebten Ex-Kollegen und Präsident Fernando Lugo falsch vorgegangen zu sein. Im Juni 2012 war gegen den damaligen Staatspräsidenten ein Amtsenthebungsverfahren eingeleitet worden. Mehrere Bischöfe stellten sich hinter dieses eigentlich verfassungswidrige Verfahren, andere begrüßte zumindest die Einmischung der Kirche in Staatsangelegenheiten. Sie rechtfertigten sich nun, sie hätten „ein Blutvergießen vermeiden“ wollen. Lugo wurde von oppositionellen Abgeordneten beschuldigt, eine Mitschuld an der Tötung von sechs Polizisten und elf landlosen Bauern zu haben. (Pressemitteilung der Bischofskonferenz von Paraguay, 31.8.12)

Afrika

Ägypten

I (4320) **Kairo**. Koptische Christen laufen Sturm gegen einen Gesetzesentwurf, der eine staatliche Kontrolle über die Finanzen der koptischen Kirche vorsieht. Anba Pachomious, der Übergangsleiter der koptisch-orthodoxen Kirche bis zur Wahl eines neuen Patriarchen von Alexandria, erklärte, die Verabschiedung des Gesetzes würde faktisch auf eine Verfolgung von Kopten in Ägypten hinauslaufen. Nach Darstellung von Beobachtern geht der Vorstoß von Salafisten aus, die zur verfassunggebenden Versammlung in Kairo gehören. Indirekt forderte Pachomious eine deutliche Trennung von Staat und Kirche bzw. Religion. Seine Kirche bekomme keinerlei staatliche Unterstützung, daher wäre eine Überwachung der kirchlichen Finanzen durch den Staat nicht gerechtfertigt. (*Radio Vatikan*, 31.8.12)

Anm. *MIZ-Red.*: Die fehlende Trennung von Staat und Kirche kann, wie dieser Fall zeigt, nicht nur die Privilegierung der herrschenden Religion festigen, sondern auch zur Unterdrückung von Minderheiten führen, wenn sich die Mehrheitsreligion der Staatsorgane bemächtigt.

Mali

I (4321) **Kidal/ Gao**. Nahe der nordmalischen Stadt Kidal ist ein nicht verheiratetes Paar von radikalen Islamisten gesteinigt worden, wie die Gruppe Ansar Dine stolz bekanntgab. Augenzeugen zufolge seien der Mann und die Frau bis zum Hals eingegraben und dann bis zu ihrem Tod mit Steinen beworfen worden.

Einwohner der Stadt Gao, ebenfalls in Nord-Mali, konnten die islamistischen Rebellen hingegen zunächst daran hindern, ein Scharia-Urteil zu vollstrecken. Die sich in der Mehrheit befindlichen, aber unbewaffneten Städter ließen nicht zu, dass einem Waffendieb die Hand abgehackt wurde. Es war der erste öffentliche Versuch der Islamisten, die den Norden von Mali kontrollieren, einem Dieb die Hand abzuhacken. Doch ein lokaler El Kaida-Führer hatte sogleich angekündigt, die Vollstreckung des Urteils sei nur aufgeschoben worden. Nur eine Woche später hackten sie dem Dieb in einem Dorf südlich von Gao die Hand ab. (*Süddeutsche Zeitung*, 31.7.12; *afp*, 5. u. 9.8.12)

Sambia

I (4322) **Lusaka**. In einem Schreiben an den Redaktionsausschuss, der eine neue Landesverfassung ausarbeiten soll, bekannten sich die Bischöfe Sambias zur „Trennung zwischen Staat und Religion“ und dem Status als „multireligiöses Land“. Mit Rücksicht auf die Vielfalt der Religionen solle das Land nicht als rein christlich bezeichnet werden, raten sie. (*fides* [katholische afrikanische Nachrichtenagentur], 21.8.12)

Anm. *MIZ-Red.*: Die 14 Millionen Einwohner Sambias sind zur Hälfte animistischen afrikanischen Naturreligionen zuzurechnen, die andere Hälfte gehört fast ausschließlich christlichen Kirchen an. Davon wiederum machen Katholiken, Protestanten und Neuapostolische je ein Viertel aus, der Rest verteilt sich auf verschiedene kleinere Sekten. Dies macht verständlich, warum die katholische Kirche – anders als in Ländern mit dominierendem Anteil – hier für eine Trennung von Staat und Kirche(n) eintritt und relativ tolerant gegenüber nichtchristlichen Menschen ist.

Tunesien

I (4323) **Tunis**. Die neu gegründeten Frauenverbände sind tief enttäuscht von der tunesischen Revolution, die ihnen bisher nicht die erwarteten Rechte einräumen. Seit Mitte August dauern nun die aktuelle, von Frauenrechtlerinnen organisierten Protestwelle an. Streitpunkt ist ein geplanter Gesetzesartikel, der für hitzige Diskussionen sorgt: Laut Artikel 28 des Verfassungsentwurfs sind Frauen lediglich eine „Ergänzung zum Mann in der Familie“.

Ohne das Engagement von Frauen wäre die „Arabische Revolution“ niemals in Gang gekommen, hält die tunesische Anwältin und Frauenrechtlerin Bochra Belhaj Hmida dagegen. Sie befürchtet, dass unter der neuen Regierung die Rechte der Frauen endgültig „unter die Räder“ geraten könnten. (*Radio Vatikan*, 29.8.12)

Anm. *MIZ-Red.*: Dass sich ausgerechnet Radio Vatikan um Frauenrechte im islamischen Bereich kümmert, hat nach Auffassung langjähriger Beobachter durchaus Methode. Mit der (fast immer berechtigten) Kritik an außerkatholischen Menschenrechtsverletzungen wird abgelenkt von innerkatholischen Defiziten.

Asien

Indien

I (4324) **Delhi**. Das Oberste Gericht hat ein Gesetz gegen Religionswechsel für teilweise verfassungswidrig erklärt. Eine Person habe das Recht auf Gewissensfreiheit, auf Ausübung und Veränderung ihres Glaubens und auch das Recht, ihre Überzeugungen geheim zu halten, heißt es im Urteil. Der Richtspruch des Obersten Gerichts bezieht sich auf ein Gesetz im nordindischen Bundesstaat Himachal Pradesh. Es schreibt unter anderem vor, dass ein Religionswechsel mindestens dreißig Tage vorher bei den Distriktbehörden anzumelden ist. Der Vorsitzende der Indischen Bischofskonferenz, Kardinal Gracias, wertete die Entscheidung als „sehr zufriedenstellend“. Unter dem Deckmantel des Gesetzes habe es viele Fälle von Gewalt gegen Minderheiten gegeben. (*Times of India*, 1.9.12)

Anm. *MIZ-Red.*: Da könnte der Bischof in Europa bei seinen Amtsbrüdern gleich Nachhilfe leisten. In Deutschland wird der Kirchenaustritt erst zum Monatsende, in einigen Bundesländern sogar erst zum Ende des Folgemonats wirksam, obwohl es dafür keinen sachlichen Grund gibt, wenn z.B. die Abmeldung eines PKW taggenau erfolgen kann.

Israel

I (4325) **Tel Aviv**. Seit dem 1. August sind ultraorthodoxe Juden nicht mehr vom Wehrdienst ausgenommen. Damit setzte die Regierung Netanjahu eine Vorgabe des Obersten Gerichts um. Dieses hatte im Februar geurteilt, es sei nicht mit der Verfassung vereinbar, wenn die Schüler an Thora- und Rabbiner-Schulen von der allgemeinen Wehrpflicht ausgenommen würden. Ein Gesetz von 2002, das auf Druck von ultra-religiösen Parteien eine solche Ausnahme festgeschrieben hatte, lief nun aus. Die Sonderbehandlung von strenggläubigen Juden ist in der israelischen Gesellschaft seit Jahrzehnten umstritten. Seit 1949 verpflichtet ein Gesetz alle israelischen Bürgerinnen und Bürger, mit 18 Jahren Wehrdienst zu leisten. (*ansa*, 1.8.12)

Philippinen

I (4326) **Manila**. Das Abgeordnetenhaus hat ein Gesetz zum Thema Verhütung zur zweiten Lesung freigegeben; eine Mehrheit für die Vorlage scheint sicher. Das Gesetz sieht vor, Verhütungsmittel leichter zugänglich zu machen. Die philippinischen Bischöfe hatten am Wochenende zuvor noch einmal Massendemonstrationen in mehreren Städten gegen das Gesetzesvorhaben organisiert, das sie als „lebens- und familienfeindlich“ bezeichnen. (*ucanews*, 7.8.12)